**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG**
20. Wahlperiode

13. Juni 2025

# Unterrichtung 20/256

der Landesregierung

**Beschlüsse der 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister (EMK)**

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gemäß § 9 Absatz 4 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG-SH).

Federführend ist das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz.

Zuständige Ausschüsse: Europaausschuss, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Schleswig-Holstein
Ministerium für Landwirtschaft,
ländliche Räume, Europa
und Verbraucherschutz

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz | Postfach 70 52 | 24170 Kiel

**Minister**

Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Frau Kristina Herbst
- Landeshaus -
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

12. Juni 2025

**Beschlüsse der 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister (EMK)**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die anliegenden Beschlüsse der 97. EMK, die vom 21. bis 22. Mai 2025 in Brüssel stattgefunden hat, sende ich gemäß § 9 Absatz 4 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG-SH) zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
W. Schwarz
Werner Schwarz

Anlagen:

- Beschluss „Stärkung der ländlichen Räume in der EU“
- Beschluss „Weimarer Dreieck“
- Beschluss „Transformation der europäischen Automobilindustrie gemeinsam gestalten“

# Sitzung der 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 21./22. Mai 2025 in Brüssel

**TOP 3: Stärkung der ländlichen Räume in der EU**

Berichterstatter: Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz (EMK) unterstreichen die Bedeutung der ländlichen Räume. Die Stärkung der ländlichen Räume soll als übergeordnete und sektorübergreifende Aufgabe angesehen werden, zu der alle Fachpolitiken einen Beitrag leisten sollen. Insbesondere die beidseitige vorteilhafte Verbindung zwischen Land und Stadt gilt es zu berücksichtigen. Die Mitglieder der EMK verweisen auf die Beschlüsse der 93. EMK vom 6./7. Dezember 2023, der Agrarministerkonferenz vom 15. März 2024, der 96. EMK vom 20. November 2024 und der MPK vom 12. Dezember 2024. Die Mitglieder der EMK weisen darauf hin, dass die in der Mitteilung der Europäischen Kommission „Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen“ vom 11. Februar 2025 skizzierte neue Struktur des MFR sicherstellen muss, dass ländlichen Räumen weiterhin gemäß Artikel 174 AEUV die notwendige Unterstützung für ihre spezifischen Bedarfe und Potenziale zukommt und verweisen auf den Beschluss des Bundesrates in BR-Drs. 78/25(B).

2. Die EU verfügt zum einen mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Rahmen der GAP und zum anderen mit den kohäsionspolitischen Instrumenten über vielfältige Fördermöglichkeiten für ländliche Räume. Die Mitglieder der EMK betonen die Bedeutung dieser Instrumente für den Erhalt und die Entwicklung starker und resilienter ländlicher Räume. Sie sind der Auffassung, dass die Stärkung ländlicher Räume – wirtschaftlich, ökologisch, sozial, digital und demographisch – auch zukünftig integraler Bestandteil dieser einzelnen Instrumente bleiben sollte und gegenüber anderen Zielen nicht nachrangig behandelt werden darf. Dies beinhaltet eine angemessene finanzielle Ausstattung – auch der beiden Säulen der GAP – um eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft und eine lebenswerte ländliche Entwicklung zu sichern.

3. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass in der von der Europäischen Kommission vorgelegten Mitteilung „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ vom 19. Februar 2025 der enge Koordinierungsbedarf zwischen den Fonds für mehr Synergien und Komplementaritäten erkannt wird. Sie heben hervor, dass diese Aussagen dringend mit konkreten Mechanismen und Instrumenten untermauert werden müssen. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die ländlichen Räume und deren Lebensbedingungen auch über den Lebensmittelsektor hinaus in der erforderlichen Breite in den Blick genommen werden müssen. Die Mitglieder der EMK

begrüßen, dass die Kommission einen aktualisierten EU-Aktionsplan für den ländlichen Raum vorschlägt. Dieser muss aber über eine Zusammenstellung bereits existierender Instrumente und Fördermaßnahmen hinausgehen sowie mit entsprechenden Mitteln hinterlegt sein. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass das Konzept der Prüfung neuer EU-Politiken bezüglich ihrer Auswirkungen auf den ländlichen Raum („Rural Proofing“) weiter konkretisiert werden soll.

4. Es wird insgesamt eine Harmonisierung der Regelungen zwischen den verschiedenen EU-Fonds angestrebt, um die Mittel effizienter und effektiver einsetzen zu können. Ein zentrales Anliegen ist die Reduzierung des Verwaltungsaufwands, um lokale Akteure und die Zivilgesellschaft stärker in die Entwicklung ländlicher Gebiete einzubeziehen.

5. Den ländlichen Räumen kommt eine wichtige Bedeutung für die von der Europäischen Kommission in der Mitteilung „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ vom 29. Januar 2025 formulierten Wettbewerbsfähigkeitsziele zu. Das gilt insbesondere für die Dekarbonisierung der Wirtschaft und den Zugang zu sauberer und erschwinglicher Energie. Die Mitglieder der EMK betonen daher, dass eine gesicherte Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen auch ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit sowie die soziale und wirtschaftliche Stabilität Europas ist. Eine ausreichende infrastrukturelle Anbindung verbessert die Lebensqualität vor Ort erheblich und spielt eine wichtige Rolle bei der Gewinnung von Fachkräften.

6. Für attraktive und gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ländlichen Räumen ist die gute Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge von entscheidender Bedeutung. Dafür sind insbesondere bestehende Engpässe und Herausforderungen für eine bedarfsgerechte und tragfähige Daseinsvorsorge einschließlich der medizinischen Versorgung, der digitalen Infrastruktur und Konnektivität, einer stabilen Wasserversorgung, leistungsfähiger und nachhaltiger Mobilitätslösungen, vielfältiger Kulturangebote, des Zugangs zu Bildungs-, Weiterbildungsangeboten sowie einer angemessenen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu beseitigen bzw. erfolgreich zu gestalten. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die Stärkung der Nahversorgung integraler Bestandteil der europäischen Politik zur ländlichen Entwicklung sein muss. Sie stellen heraus, dass es zur erfolgreichen Gestaltung dieser Herausforderungen der Unterstützung aus europäischen Mitteln mit einem breiten, regional gestaltbaren strukturpolitischen Ansatz bedarf. Dabei kommt auch der Förderung sozialer Innovation eine besondere Rolle zu.

7. Die Mitglieder der EMK sind der Auffassung, dass integrierte ortsbezogene Bottom-up-Ansätze wie beispielsweise das Förderprogramm LEADER oder andere territoriale Instrumente auch künftig einen hohen Stellenwert erhalten sollten, um eine ganzheitliche Betrachtung und Regional-Entwicklung voranzutreiben. Die Mitglieder der EMK würdigen ausdrücklich die vorteilhaften Verbindungen zwischen Land und Stadt, wie sie etwa in den europäischen Metropolregionen zu finden sind. In diesem Zusammenhang weisen die Mitglieder der EMK darauf hin, dass das Stadt-Land-Miteinander auch in den Förderprogrammen (z.B. gemeinsame Projekte in den Bereichen Kultur und Tourismus) abgebildet werden sollte, um Gebiete mit höherer und geringerer Einwohnerdichte nicht in Konkurrenz zueinander zu setzen.

8. Die Mitglieder der EMK betonen, dass das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zentral ist für die Lebensqualität in ländlichen Räumen und einen wichtigen Beitrag für eine starke Zivilgesellschaft in der EU leistet. Die Mitglieder der EMK würdigen insbesondere die vielfältigen europäischen Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene, die den europäischen Gedanken vor Ort mit Leben erfüllen. Angesichts der Ankündigung der Kommission, Bürokratie in Europa wirkungsvoll abbauen zu wollen, bitten die Mitglieder der EMK die Kommission auch in Bezug auf ehrenamtliche Arbeit, etwa in Vereinen, bürokratische Vorgaben – wo immer möglich – abzubauen, um das Ehrenamt zu vereinfachen und attraktiver zu gestalten.

9. Die Mitglieder der EMK begrüßen die im EU-Aktionsplan für ländliche Räume festgelegten Maßnahmen, durch die die Kommission die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit hochwertiger Bildungs- und Betreuungsdienste für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in ländlichen Räumen zu erhöhen. Zur Förderung der Innovationsfähigkeit ländlicher Regionen sprechen sich die Mitglieder der EMK für erhöhte Investitionen in Bildung und Forschung sowie für einen intensiveren Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen aus.

10. Die Mitglieder der EMK betonen, dass mit dem Übergang zu einer nachhaltigen und wissensbasierten Wirtschaft Innovationen zunehmend als Wachstumsmotor und Beschäftigungsquelle dienen. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Räumen sollen EU-Beihilferechtsvorschriften vereinfacht und nationale sowie vergaberechtliche Regelungen entschlackt werden, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen mehr Freiraum für Innovation zu geben. Zudem sollen Cross-Innovationen zwischen Branchen und Unternehmensnachfolge gefördert werden, um die wirtschaftliche Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

11. Ländliche Räume in der EU sind von erheblicher Bedeutung für ein wettbewerbsfähiges und nachhaltiges Europa. Sie sind wesentliche Bestandteile der EU-Energie-, Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Artenschutzpolitik. So sind u. a. der Waldumbau und ein nachhaltiges Wassermanagement verstärkt umzusetzen. Die von der Kommission geplante EU-Wasserresilienzstrategie muss dabei aber die Kompetenzen der EU und die kommunale Selbstverwaltung achten.

12. Der Ausbau und die Gewinnung klimaneutraler Energien, die überwiegend in ländlichen Räumen erfolgen, stärken nicht nur regionale Wertschöpfungsketten und schaffen Arbeitsplätze, sondern tragen auch zur Energieunabhängigkeit und Energiesicherheit Europas bei. Gleichzeitig sind Menschen und Kommunen in ländlichen Räumen durch diesen Ausbau mit Veränderungen des Landschaftsbildes und den daraus resultierenden lokalen Aushandlungsprozessen konfrontiert. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist daher die Akzeptanz durch die betroffenen Menschen und Kommunen vor Ort. Die Teilhabe an der Energiewende von Menschen durch u.a. Bürgerenergiegesellschaften kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Mitglieder der EMK erwarten, dass das von der Europäischen Kommission im Aktionsplan für erschwingliche Energiepreise vom 26. Februar 2025 für Ende 2025 angekündigte Bürgerenergiepaket hier ansetzt.

13. Die Mitglieder der EMK begrüßen, dass in den Schlussfolgerungen des Rates der EU vom 25. November 2024 die zentrale Rolle der ländlichen Gebiete bei der Bewältigung des demografischen Wandels in Europa betont wird. Sie unterstreichen, dass der Mangel an Zugang zu hochwertiger Bildung, die Schwächen im Bereich der Infrastruktur und die begrenzte Verfügbarkeit von sozialen Diensten im ländlichen Raum die Bevölkerung und insbesondere junge Menschen vor große Herausforderungen stellen sowie erhebliche Auswirkungen auf die kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale Struktur der ländlichen Räume haben. Die Mitglieder der EMK betonen, dass der ländliche Raum nur dann als zukunftsfähig gelten kann, wenn kommunale Entscheidungsträger geeignete, generationen- und familienfreundliche Infrastrukturen schaffen können, um so die Attraktivität für Familien mit Kindern und für Hochqualifizierte zu steigern. Da insbesondere Frauen überdurchschnittlich häufig aus ländlichen Regionen abwandern, setzen sich die Mitglieder der EMK dafür ein, ihre Lebensrealität und -qualität stärker bei der Entwicklung der ländlichen Räume zu berücksichtigen.

14. Die Mitglieder der EMK teilen die Auffassung des Rates, dass die Sichtbarkeit von jungen Menschen in ländlichen Gebieten in den Jugendprogrammen der EU, einschließlich der Jugendstrategie für die Zeit nach 2027, erhöht werden sollte. Die Mitglieder der EMK erachten es aus diesem Grund als wichtig, Jugendliche und junge Menschen auch weiterhin verstärkt in lokale Gemeinschaften einzubeziehen und verschiedene Ansätze zu prüfen, um bürgerschaftliches Engagement und substanzielle Beteiligung an relevanten Entscheidungsprozessen zu fördern und zu erleichtern. Sie unterstützen die Forderung des Rates in den oben genannten Schlussfolgerungen, dass eine wirksame Verbreitung von Informationen über EU-Programme wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und die Initiative LEADER für junge Menschen in ländlichen Gebieten gewährleistet sein muss, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

15. Die Mitglieder der EMK fordern eine Stärkung der Interreg-Programme. Ländliche Räume spielen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine wichtige Rolle, da hier oft spezifische Herausforderungen deutlich werden, die über nationale Grenzen hinweg angegangen werden müssen. Durch spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ländlicher Gebiete, wie beispielsweise Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und Investitionen in die Anbindung, kann über kooperative Regionalentwicklung ein originärer europäischer Mehrwert generiert werden.

# Sitzung der 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 21./.22. Mai 2025 in Brüssel

**TOP 6: Weimarer Dreieck**

Berichterstatter: Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz (EMK) stellen fest, dass Europa derzeit vor großen inneren und äußeren Herausforderungen steht, vor allem im Hinblick auf die globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa. Die Mitglieder der EMK sind davon überzeugt, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen nach gemeinsamen europäischen Antworten verlangt.
   In der vertieften trilateralen Zusammenarbeit im Format des Weimarer Dreiecks sehen die Mitglieder der EMK gelebten europäischen Zusammenhalt, den es weiter zu fördern und auszubauen gilt. Das Weimarer Dreieck kann aufgrund seiner Ost-West-Verbindungen eine starke Wirkung gegenüber den EU-Institutionen und in Europa entwickeln, da darin der „deutsch-französische Motor“ mit der starken Stimme Polens in Mittel- und Osteuropa vereint ist. Die Mitglieder der EMK setzen sich deshalb für die Weiterentwicklung der trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Polen und Frankreich ein und begrüßen es, dass die Bundesregierung alle europapolitisch relevanten Fragen im Format des Weimarer Dreiecks abstimmen möchte.

2. Die Mitglieder der EMK heben hervor, dass im Rahmen des Weimarer Dreiecks auch regionale Formate fest in den Ländern verankert sind. So existieren zahlreiche trilaterale sowie zivilgesellschaftliche Kooperationen in den Bereichen Jugend, Wirtschaft, Sicherheit, Mobilität, Wissenschaft und Kultur, welche den europäischen Zusammenhalt auf regionaler und kommunaler Ebene stärken und sichtbar machen. Daher gilt es, das Weimarer Dreieck durch regionale Formate trilateral zu stärken und weiter auszubauen.

3. Achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betonen die Mitglieder der EMK die hohe Bedeutung der gemeinsamen Erinnerungs- und Gedenkkultur für die europäische Integration. Auch in diesem Zusammenhang kommt dem Format des Weimarer Dreiecks eine zentrale Bedeutung im Bereich des kulturellen Austauschs, der Kooperation im Bereich historischer Forschung und Bildung und

so letztlich bei der Ausbildung eines gemeinsamen Geschichtsbewusstseins zu. Die Mitglieder der EMK bitten die Bundesregierung daher, noch sichtbarere Beiträge zu leisten und diese mit auskömmlichen Mitteln auszustatten.

4. Bezugnehmend auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen betonen die Mitglieder der EMK die besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Polen und den Wert der deutsch-polnischen Freundschaft. Sie würdigen die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland auf Basis des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 sowie deren Bedeutung für die Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen und die europäische Integration insgesamt. Vor dem Hintergrund des dynamischen polnischen Wirtschaftswachstums und seiner geopolitischen Bedeutung betonen die Mitglieder der EMK die Potentiale einer verstärkten wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Sie schlagen der Bundesregierung außerdem vor, die Etablierung eines deutsch-polnischen Bürgerfonds analog zum deutsch-französischen Bürgerfonds zu prüfen, um Austauschformate und Projekte zwischen den Ländern für eine starke europäische Zivilgesellschaft zu fördern.

5. Bezugnehmend auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich würdigen die Mitglieder der EMK die herausragende Bedeutung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit (sog. „Élysée-Vertrag“) vom 22. Januar 1963, der den Weg für die historische Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich geebnet hat und die beiden Nationen zu engen Partnern machte. Seitdem sind zahlreiche regionale Verbindungen erwachsen, die sich durch die enge Zusammenarbeit in den Kooperationsräumen ausdrücken sowie durch enge Beziehungen zwischen Städten, Kommunen, Hochschulen, Unternehmen und Bürgerinitiativen, die die deutsch-französische Freundschaft konkret mit Leben füllen. Die Mitglieder der EMK fordern, dass die Potentiale einer vertieften europapolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen, wie sie im Vertrag von Aachen vom 22. Januar 2019 fixiert sind, auch in Zukunft weiter ausgeschöpft werden, beispielsweise in der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Entwicklung eines Kultur- und Medienraums oder bei Mobilität und Austauschprogrammen. Sie würdigen den deutsch-französischen Bürgerfonds als erfolgreiches Instrument zur Förderung von deutsch-französischen Projekten der Zivilgesellschaft.

6. Polen und Frankreich sind zentrale sicherheitspolitische Akteure in Europa. Angesichts der Veränderungen der globalen Sicherheitsordnung betonen die Mitglieder der EMK daher das Potential der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Format des Weimarer Dreiecks für die zukunftsfähige Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

7. Die Mitglieder der EMK stellen fest, dass die Rechtsstaatlichkeit weiterhin ein zentrales Thema im Weimarer Dreieck ist. Sie sind besorgt über die zunehmenden Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit auch innerhalb der EU. Die Mitglieder der EMK sprechen sich für regionale und nationale Formate des Weimarer Dreiecks, um Fragen und Debatten zum Thema Rechtsstaatlichkeit zu erörtern, aus.

8. Die Mitglieder der EMK betonen, dass das Weimarer Dreieck mit drei der größten Volkswirtschaften der EU maßgeblich zur Wirtschaftskraft der EU beiträgt. Die Mitglieder der EMK sehen daher in einer vertieften Zusammenarbeit Deutschlands, Frankreichs und Polens großes Potential zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Nach Ansicht der Mitglieder der EMK sind dazu vor allem der Einsatz für eine bessere Europäische Rechtssetzung und den Abbau von Bürokratie, für eine resiliente, technologieoffene, sichere und bezahlbare Energieversorgung, für die Steigerung privater Investitionen sowie für die Förderung von Innovation und Digitalisierung entscheidend. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sollten zudem bestehende regionale und kommunale Kooperationen im Weimarer Dreieck ausgebaut werden, beispielsweise in den Bereichen von Forschungs- und Bildungskooperationen, grenzüberschreitender Infrastruktur sowie der Fachkräftemobilität. In diesem Zusammenhang begrüßen die Mitglieder der EMK Pläne der Bundesregierung, das Weimarer Dreieck um eine Wissenschaftsplattform zu erweitern. Die Mitglieder der EMK unterstreichen in diesem Zusammenhang zudem die Bedeutung gut funktionierender Verkehrsinfrastrukturen für das weitere Zusammenwachsen der Grenzregionen im Weimarer Dreieck und im transeuropäischen Kontext.

9. Die Mitglieder der EMK betonen, dass die Staaten des Weimarer Dreiecks in der Vergangenheit in besonderer Weise zur europäischen Integration beigetragen haben. Vor diesem Hintergrund betonen die Mitglieder der EMK das besondere Potential der Zusammenarbeit Deutschlands, Frankreichs und Polens im Format des Weimarer Dreiecks, die im Hinblick auf den aktuellen EU-Erweiterungsprozess eine neue Integrationsdynamik entfachen und hierbei eine Führungsrolle einnehmen kann. Dies gilt hinsichtlich der Integration der Ukraine, der Republik Moldau und der Staaten des Westbalkans, die in den Augen der Mitglieder der EMK eine vorrangige Aufgabe darstellt.

10. Damit die EU als globaler Akteur nach einer Erweiterung handlungsfähig bleibt, müssen nach Ansicht der Mitglieder der EMK mit dem Erweiterungsprozess auch institutionelle Reformen der EU einhergehen. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf ihren Beschluss auf der 95. EMK in Berlin am 12. Juni 2024. „Plus-Formate“, wie etwa mit Spanien, Italien, dem Vereinigten Königreich oder der Ukraine sowie die Einbeziehung der EU-Außenbeauftragten können die Kooperations- und Handlungsmöglichkeiten des Weimarer Dreiecks und seine Wirkung nach außen erhöhen.

11. Die Mitglieder der EMK betonen die Notwendigkeit einer ausreichenden und verlässlichen Mittelausstattung für Projekte im Weimarer Dreieck. Sie setzen sich auch für die Fortsetzung der Interreg-Programme in den drei Ausrichtungen (grenzüberschreitend/ transnational/ interregional) in der Förderperiode ab 2028 ein. Sie verweisen auf die Bund-Länder-Stellungnahme von Dezember 2024, die Bundesratsbeschlüsse (604/24 und 78/25) und die gemeinsame Erklärung mit den französischen Regionen vom 18.01.2023. In diesem Zusammenhang fordern die Mitglieder der EMK die Möglichkeit der Förderung trilateraler Projekte über den deutsch-französischen Bürgerfonds und einen möglichen deutsch-polnischen Bürgerfonds zu eröffnen.

12. Die Mitglieder der EMK würdigen das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) als bedeutende Instrumente für die interkulturelle Verständigung junger Europäerinnen und Europäer und die Förderung europäischer Werte. Sie würdigen das zivilgesellschaftliche und oft ehrenamtliche Engagement im Jugendaustausch sowie die Bedeutung von Schüleraustauschen. Die Mitglieder der EMK begrüßen es, wenn Jugendangebote inklusiv und partizipativ konzipiert werden, um das Weimarer Format für mehr junge Menschen attraktiv und zugänglich zu machen. Die Mitglieder der EMK fordern in diesem Zusammenhang eine stärkere Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck, um die Jugendwerke als europäisches Modell der trilateralen Zusammenarbeit europaweit zu etablieren. Sie sehen die Jugendarbeit, auch aufgrund der Zäsur in der europäischen Sicherheitsarchitektur, als wichtigen Beitrag zur Friedensarbeit und der europäischen Integration. Sie unterstützen die Politische Erklärung von Deutschland, Frankreich und Polen anlässlich des Treffens des Weimarer Dreiecks in Paris vom 12. Februar 2024 und fordern, die Jugendwerke und die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit weiter zu stärken. Um die vertiefte trilaterale Zusammenarbeit zu ermöglichen, fordern die Mitglieder der EMK insbesondere eine Aufstockung des Budgets des DPJW durch die Bundesregierung.

13. Die Mitglieder der EMK würdigen ausdrücklich die Arbeit der deutschen, französischen und polnischen Kultur-, Sprach- und Medieneinrichtungen in den jeweiligen Staaten des Weimarer Dreiecks. Sie setzen sich dafür ein, den Ausbau von Sprachangeboten zum Fremdsprachenerwerb und zur Förderung der Herkunftssprache positiv zu begleiten, da Sprachkompetenzen und gegenseitiges Verständnis grundlegend für die Zusammenarbeit im Weimarer Format sind. Zugleich bitten sie die Bundesregierung, weiterhin ausreichend Mittel für die Arbeit des Goethe-Instituts und der Kulturgesellschaften bereitzustellen. Die Mitglieder der EMK unterstützen auch den weiteren Ausbau von ARTE als europäische Medienplattform und schließen sich dem Beschluss der Rundfunkkommission der Länder vom 15. Mai 2024 an. Sie fordern in diesem Kontext von der Europäischen Kommission, den Ausbau mit Blick auf Übersetzung und Distribution von Inhalten mit europäischen Mitteln zu fördern, um eine dauerhafte und weitere Verbreitung über die Landesgrenzen der Gründungsstaaten hinaus zu ermöglichen.

14. Die Mitglieder der EMK bitten den Vorsitz, diesen Beschluss dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zu übermitteln. Zusätzlich möge der Vorsitz den Beschluss den polnischen und französischen Regionen übermitteln.

# Sitzung der 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister am 21./.22. Mai 2025 in Brüssel

**TOP 7: Europäische Industriepolitik / Wettbewerbsfähigkeit**

**Beschluss**

**Transformation der europäischen Automobilindustrie gemeinsam gestalten**

1. Die Mitglieder der Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister (EMK) betonen die herausragende Bedeutung der Automobil- und Zulieferindustrie für die europäische Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie begrüßen daher die Vorlage des Aktionsplans für die europäische Automobilindustrie durch die Europäische Kommission. Der Aktionsplan kann einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Automobil- und Zulieferindustrie und dadurch zur Förderung sauberer Mobilität und zur zukunftsorientierten Gestaltung des digitalen und technologischen Wandels in der gesamten Europäischen Union (EU) leisten.

2. Die Mitglieder der EMK fordern die Europäischen Kommission auf, bei der Ausarbeitung weiterer Maßnahmen für die europäische Automobilindustrie verstärkt die zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) der Automobil- und Zulieferindustrie sowie die regionale Perspektive zu berücksichtigen. Sie sehen es als notwendig an, dass die Europäische Kommission zur Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans sowie in der Erarbeitung neuer Maßnahmen eine strukturierte Beteiligung der betroffenen europäischen Regionen sowie eine Beteiligung betroffener Unternehmen und Verbände sicherstellt.

3. Die Mitglieder der EMK betonen, dass eine wettbewerbsfähige Automobil- und Zulieferindustrie eine entscheidende Rolle für die langfristige Attraktivität von Regionen spielt. Die Regionen können von einer gelungenen Transformation profitieren, wenn neue Geschäftsfelder im Zuge des Veränderungsprozesses erschlossen und Unternehmen vor Ort gehalten und angesiedelt werden können. Daher fordern die Mitglieder der EMK eine übergreifende europäische Transformationsstrategie für die Automobil- und Zulieferindustrie, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses für den Wohlstand und das Wachstum in der EU wichtigen Wirtschaftszweigs zu erhalten. Angesichts der maßgeblichen Bedeutung der Elektromobilität gehört hierzu auch der Aufbau einer eigenständigen und unabhängigen Batteriezellproduktion.

4. Die Mitglieder der EMK erkennen die Bedeutung vernetzter und autonomer Fahrtechnologien als ein wichtiges Innovations- und Entwicklungsfeld für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie in Deutschland und Europa an. Sie begrüßen vor diesem Hintergrund die Pläne der Europäischen Kommission zur Gründung einer Europäischen Allianz für vernetzte und autonome Fahrzeuge. Sie fordern, bei der Entwicklung regulatorischer Rahmenbedingungen die Erfahrungen, die Expertise und vor allem die Bedürfnisse, wie zum Beispiel niedrige Zugangshürden und einheitliche Standards, betroffener Unternehmen und Verbände angemessen zu berücksichtigen.

5. Die Mitglieder der EMK betonen die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Vernetzung in der Fachkräfteentwicklung. Sie sprechen sich dafür aus, vorhandene Initiativen wie die Automotive Skills Alliance gezielt zu stärken und unter Wahrung des Kompetenzgefüges aktiv in die regionalen Weiterbildungsstrategien einzubinden. Sie setzen sich dafür ein, dass regionale Bedarfe und Expertise systematisch in europäische Programme einfließen und Fördermittel zielgerichtet, auch für KMU sowie Bildungseinrichtungen, zugänglich gemacht werden.

6. Die Mitglieder der EMK sprechen sich für die zügige Umsetzung eines IPCEI (Important Project of Common European Interest) im Bereich sauberer, vernetzter und autonomer Mobilität durch die Europäische Kommission aus. Dieses Vorhaben sollte insbesondere die Einbindung von KMU in betroffenen Regionen sicherstellen.

Protokollerklärung der Länder Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen:

Die Mitglieder der EMK aus Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen sprechen sich für eine verstärkte Unterstützung emissionsarmer Antriebsarten aus, die unterschiedliche technologische Ansätze umfasst. Eine innovationsfreundliche und technologieoffene Regulierung soll sicherstellen, dass alle Technologien unter fairen Bedingungen weiterentwickelt werden können. Technologieoffenheit ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern, Investitionen zu fördern und Unternehmen Flexibilität bei der Wahl der besten Lösungen zu ermöglichen.